

Erste Seite enthält, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, **Wortlaut** des Reichstagesprotokolls monatlich 80 Pf. **Wortlaut** des Reichstagesprotokolls monatlich 1.50 Mk. **Wortlaut** des Reichstagesprotokolls monatlich 1.50 Mk. **Wortlaut** des Reichstagesprotokolls monatlich 1.50 Mk. **Wortlaut** des Reichstagesprotokolls monatlich 1.50 Mk.



Insertionsgebühr beträgt für die 6 Spaltenzeitung oder deren Raum 50 Pfennig. Für monatliche Anzeigen 25 Pfennig. Im verhältnismäßigen Maße kostet die Seite 75 Pfennig. **Insertate** für die 6 Spaltenzeitung müssen (falls es sich um werbliche Anzeigen handelt) spätestens 14 Tage vor dem Erscheinen einreichen. **Einlagen** in die Postanstalt.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise. Expedition: Harz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. ■ Redaktion: Harz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Der Sozialismus hat recht!

Herr Heinrich Dove, seines Zeichens Landgerichtsrat a. D. und Handelsamtenhelfer zu Berlin, ist ein Mann, den niemand auch nur des leichsten Anfluges sozialistischer Gesinnung verdächtigen wird, denn er gehört dem Reichstage an als Mitglied der freiwirtschaftlichen Partei, die jetzt in die So. D. aufgegangen ist. An ihm kann man wieder einmal die Erfahrung machen, daß verständige Leute, die den Sozialismus in allg. gemein an das entscheidende Verhängnis, bei intensiver Arbeit in ihrem eignen Fach, wo sie am besten Bescheid wissen, ganz von selbst auf sozialistische Bahnen geraten. Herr Dove hat vor etwa Monatsfrist einen Vortrag über internationale Recht gehalten, worin er — ohne es im geringsten zu ahnen — zur glatten Bekräftigung zweier wichtiger sozialistischer Lehren gelangte, nämlich der Lehren von der Internationalität und vom historischen Materialismus.

Der Gehaltungsplan seines Vortrags war ungefähr der folgende. Im Laufe der Jahrtausende sind die verschiedenen Völker wirtschaftlich in immer engerer Beziehung miteinander gekommen. In den Zeiten primitiver Kultur ist die Vererbung der Völker zunächst stets eine feindliche gewesen. Aber selbst damals kamen auf dem Wege der Gefangenensklavei und der Sklaverei Teile des einen Volkes in das andere hinein. Je weiter die Geschichte voranschritt, desto mehr nahm auch die feindliche Vererbung und Vererbung der Völker zu, und heutzutage sind Vererbung und Wirtschaft längst international geworden, haben die Landesgrenzen überschritten und durchfluten unterschiedlich alle zivilisierten Länder. Daraus sind internationale Wirtschaftsverhältnisse entstanden, und hieraus das Bedürfnis nach internationaler Regelung manni gfa ch der Rechtsverhältnisse. Dies bezeugt Herr Dove durch eine ganze Reihe von Beispielen. Wenn Angehörige eines Volkes in einem andern Lande Handel treiben oder sich gar zu solchem Zweck dort niederlassen, wenn Arbeiter aus Ausland, Oesterreich, Italien usw. in unserm Reich kommen, hier ein paar Monate lang ihr Brot verdienen und dann in ihre Heimat zurückkehren, um im nächsten Jahr wiederzukommen, so entsteht die Frage, was sie in der Fremde für Rechte haben? Denn ohne weiteres können sie nicht in die Rechtsordnung des fremden Landes eingegliedert werden. Man denke z. B. an das Wahlrecht, an die Invaliden- und Krankenversicherung usw. Solche Fragen werden bisher meist auf dem Wege internationaler Verträge zwischen den beteiligten Staaten geregelt. Einen Schritt weiter auf diesem Wege bedeuten schon die Handelsverträge. Denn sie verpflichten den einzelnen Staat bereits gegenüber solchen Ausländern, die sich nicht in seinem Lande, sondern in ihrer Heimat befinden. Daneben gibt es aber schon eine Reihe wichtiger Wirtschaftsverhältnisse, die mehrere (sogar alle zivilisierten) Staaten gemeinsam sind und für die man deshalb ein gemeinsames Organ, ein internationales Amt geschaffen hat. So der Weltpostverein mit dem internationalen Amt in Bern, dasgleichen die internationale Telegraphenunion, ebenfalls zu Bern, das Bureau für den internationalen Eisenbahnverkehrsverträge zu Rom usw. Man beachte, daß wir hier bereits eine wirkliche internationale Verwaltung haben und uns ziemlich nahe einer internationalen Gesetzgebung befinden. Denn die Regeln des Weltpostvereins z. B. werden auf seinem Kongreß geschaffen, zu welchem alle beteiligten Staaten ihre Vertreter entsenden. Freilich sind seine Bestimmungen dann noch in der Zustimmung der verschiedenen Parlamente gebunden. Aber ist die einmal erteilt, so macht das internationale Bureau über die Ausführung. Es sind damit alle familiäre Bürger der verschiedenen Staaten belegen unterworfen, die nicht von den Staaten selbst, sondern von einer höheren, internationalen Instanz erlassen sind. Ähnliche Regelungen sind bereits in die Wege geleitet für die Fernstudienbibliothek und für den internationalen Patentschutz. Darüber hinaus ist man schon am Werke, auf gewissen Gebieten ein einheitliches Recht in verschiedenen Ländern zu schaffen. Solche Verbindungen sind im Gange und auch Teil sogar schon vorbildlich für das Wahlrecht, das Schiedsrecht und das Seerecht. Man beachte, was das zu bedeuten hat: es so wichtigen Gebieten des Wirtschaftslebens soll in einem Lande genau dasselbe Gesetz gelten, wie in einem andern! Der nächste Schritt wird natürlich auch hier sein, daß solche Gebiete nicht mehr von den einzelnen Staaten, sondern von einer höheren, internationalen Instanz erlassen werden. Und selbst auf dem Gebiete des Privatrechts, wo die Verdinglichung der einzelnen Länder doch am meisten zur Geltung kommt, haben sich Verträge zu internationaler Regelung nicht mehr umgehen lassen. Wenn jemand sich im Auslande verheiratet, ist die Ehe auch im Inlande gültig? Oder wenn jemand seine Ehe im Auslande schließt, läßt sie sich denn auch im Inlande geschieden? Oder bezieht er das Wahlrecht der Heimat, wenn er sich im Inlande zum zweiten Male verheiratet? Wenn jemand in einem Lande verurteilt wurde, verurteilt er auch zur Zahlung einer Schuld, sind die Verhältnisse eines andern Landes verpflichtet, das Urteil zu vollstrecken? Solche Fragen, die früher nur gelegentlich auf auftauchten, sind heute von großer Bedeutung, weil die Menschen aus wirtschaftlichen Gründen so stark durcheinanderströmen. Und man sieht deutlich, daß auch die zu internationaler Regelung drängen; es wird zuletzt doch nichts anderes übrig bleiben, als

daß über Eheverträge und Eheverträge, über Schuld und Sühne, über Strafprozeß usw. in allen Ländern dieselben Gesetze gelten. So weit etwa der Vortrag des Herrn Dove. Jeder Kenner des Sozialismus sieht sofort, daß dies genau die Entwidlung zur Internationalität ist, die wir Sozialisten so sehr wünschen. Es geht ähnlich, wie im vorigen Jahrhundert in Deutschland; die Landesgrenzen werden vom wirtschaftlichen Bedürfnis mehr und mehr als Hindernisse empfunden. Ihre Bedeutung wird deshalb gemindert, abgeschwächt und schließlich ganz beseitigt werden. Gerade so wie in Deutschland es zuletzt doch nur eine Frage der Zeit ist, bis die Unterschiede zwischen Preußen, Baiern, Baden usw. sich ganz beseitigt haben, bis aus dem einzigen Reich ein einziges Reich geworden, gerade so ist es nur eine Frage der Zeit, bis aus den verschiedenen Ländern ein einheitliches, internationales Wirtschafts- und Rechtsgesetz geworden sein wird. Und noch ein anderes entnimmt der Kenner des Sozialismus mit verständnisvollem Räseln dem Doveschen Vortrag. Daß die Veränderungen des Rechts, die er schildert, eine Folge sind des wirtschaftlichen Bedürfnisses, das liegt ja klar auf der Hand. Aber nicht minder hat das wirtschaftliche Bedürfnis auch die Rechtsanschauung gewandelt, d. h. die Vorstellung von dem, was recht und unrecht ist. Wenn wir Sozialdemokraten sagen, die Anschauungen über recht und unrecht, gut und böse sind abhängig vom wirtschaftlichen Bedürfnis und wandeln sich mit ihm, dann haben wir das heiligste Dogma unserer aller „Gefühlswissenschaft“ auf unser Haupt. Wie kann man noch heute z. B. die Deutsche Angelegenheit zernühen hören, wenn jemand den Vorschlag macht, in unsere Gefangenschaft über die Gefangenschaft sollen wir uns vom Auslande dreinreden lassen! Da kann man was zu hören kriegen von „deutscher Eigenart“, von der „Heiligheit germanischer Familienaufstellung“, von der Notwendigkeit, die selbständige Staatshoheit zum mindesten auf solchen Gebieten inintim persönlichen Rechts aufrecht zu erhalten; und verglei che mehr. Kein Zweifel, daß noch vor ganz kurzer Zeit in bürgerlichen Kreisen jeder so gedacht hat. Und heute — Herr Dove bewußt es — ist die Zahl derer nicht gering, die anders denken, die sich mit dem Gedanken eines internationalen Ehegerichts befremdet haben. Das wirtschaftliche Bedürfnis hat ihr Weltempfinden und ihre Rechtsanschauung gewandelt. Das aber und nichts anderes ist es, was der historische Materialismus behauptet. So haben unsere Gegner selbst wieder einmal den Beweis geliefert, wie sehr der Sozialismus recht hat!

Die Marokko-Wirren.

Das deutsche Marokkoentwärt hat bis jetzt eine neue Wendung nicht gebracht; die übrigen Mächte nehmen vorläufig eine mehr abwartende Haltung ein und werden ihr Verhalten wahrscheinlich von der weiteren Entwicklung der Dinge abhängig machen. Die englische Presse fährt fort, die marokkanische Frage ruhig zu beobachten, aber die Opposition wendet sich gegen eine dauernde Überlieferung von Agadir an Deutschland, weil man dadurch die britischen Handelsinteressen für bedroht hält. Wegen der realen Lage Sidamoras wird auch bereits versucht, die Beziehungen zwischen den Verbänden einzuschärfen und eine gewisse Zentralverwaltung mehr als Gibraltar, daß nach hiesigen Privatnachrichten eine Division der englischen Mittelmeerflotte beibehalten habe, nach Gibraltar abzugeben. Ein englisch-französischer Geheimvertrag? Wien, 5. Juli. Bekanntlich hat die französische Regierung in dem am 5. Juli 1904 mit England abgeschlossenen Vertrag erklärt, daß sie nicht die Absicht habe, den politischen Zustand Marokkos zu ändern. Die Neue Freie Presse meldet nun, in diesem politischen Streifen sei bekannt geworden, daß Frankreich sich in einem geheimen Abkommen England gegenüber verpflichtet habe, nicht zuzugeben, daß irgendeine fremde Macht einen Hafen an der ozeanischen Küste Marokkos erwerbe. Italienische Großprojekte. Rom, 6. Juli. Ein bemerkenswerter Artikel der Gazzetta Popolo führt an, weder England noch Italien hätten ein Interesse daran, Deutschland unter die Mittelmeerländer zuzulassen, da Deutschlands Antipathie Italien ernte Verlegenheiten bereiten könnten. Die italienische Regierung möge sich endlich darauf besinnen, daß auch Italien ein Meer, eine Flotte und Interessen im Mittelmeer habe. Die Stimmung in Frankreich. Paris, 6. Juli. In maßgebenden französischen Kreisen macht sich immer mehr die Richtung der von der Regierung beschlossenen Stellungnahme zur Marokkofrage geltend. Frankreich ist der Ansicht, daß keine wirtschaftlichen Interessen in Marokko nicht weniger gering sind, als die Deutschlands und daß es deshalb an der Entwidlung der Dinge den gleichen Anteil zu nehmen berufen sei. Man wird möglicherweise Ende dieser Woche noch zur Einleitung einer Ausrede die notwendigen Schritte unternehmen. Und zwar sollen zu dieser Ausrede außer Frankreich und Deutschland auch Spanien und England eingeladen werden. Man gibt sich in Paris keiner Illusion über die Folgen dieses Vorschlags hin, der zu einer neuen internationalen Marokko-Konferenz führen könnte, aber man beruft sich hier darauf, daß Deutschland selbst die Ausrede gemüßigt und daß es durch seine Einseitigkeit zwischen Frankreich und Deutschland allein verhandelt habe. Es ist auch möglich, daß es in letzter Stunde auf den Vorschlag einer internationalen Ausrede verzichtet wird und man einfach abwartet, was Deutschland tun wird, sobald Frankreich seine Truppen aus Agadir zurückgezogen haben wird. Man betont weiterhin, daß Frankreich schon die Zurückziehung seiner Truppen bereits nach Entsendung der ersten Truppen sowie nach dem Eingreifen Spaniens festgelegt habe, und daß es entschlossen ist, die Truppen zurückzuziehen, sobald die Umstände es erlauben.

Ein Marokko-Interpellation im württembergischen Landtag hat die sozialdemokratische Fraktion in der Mittwoch-Sitzung der zweiten Kammer eingebracht. Sie hat folgenden Wortlaut: „Mit der Staatsregierung vereinigt, Auskunft darüber zu geben, 1. ob vor der Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes nach dem Hafen von Agadir in Marokko der Bundesstaatsausfluß für auswärtige Angelegenheiten zusammenberufen worden ist; 2. hat die Regierung auf Grund ausstehender Informationen dieser Aktion zugestimmt und sich davon überzeugt, daß durch dieselbe die zurzeit bestehenden freundschaftlichen Beziehungen des Deutschen Reiches zu den europäischen Mächten nicht gefährdet werden?“

Der Wahlrechtsverrat des Zentrums.

Die über alle Erwartungen glänzend und einträglich vollbrachten Wahlergebnisse der Berliner Reichstagswahlen haben die Berliner Arbeiterpartei geben dem reichsparlamentarischen Zentrumskritik, der Germania, Gelegenheit zu allerbald hinstimmigen Bemerkungen und platten Schimpferien, wie man sie bei solchen Anlässen in der Zentrumspresse regelmäßig finden kann. Da diese Art der „Unterstützung“ der Bewegung durch die führenden Wahlrechtsfeinde ist man ja jetzt jeder gewohnt, und es wäre auch diesmal kein Wort darüber zu verlieren, wenn sich die beide Germania nicht füglich enthielte über einige sachlich einwandfreie Feststellungen über das Verhalten des Zentrums, die in der Vernehmlichungsresolution gemacht worden sind. Es heißt in dieser Resolution außerst aufreißend: „Die Vernehmlichungsresolution, daß die konserverativen Wahlrechtsfeinde allein zu schuld waren, der Forderung des gleichen Rechts länger Widerstand zu leisten, hätten sie nicht die Unterstützung des Zentrums und der Nationalliberalen gefunden. Sie brandmarkt das Verhalten der Nationalliberalen, die im Bunde mit den Konserverativen das gleiche Wahlrecht zu Fall brachten; aber die Vernehmlichungen durch Schauen auch das heuchlerische Spiel des Zentrums. Dieses stimmte für das gleiche Wahlrecht in der Vernehmlichungsresolution, aber die Nationalliberalen schrien verworren vor.“ Der Schmerz über diese rücksichtslose Entfaltung der Wahrheit entlockt dem Berliner Zentrumskritik die schonen Scharfentwürfe: „Gelogen“, „Korruption“, auf das unerschütterliche belogen“, „Lüge“, „Gipfel der politischen Gewissenlosigkeit“, „unbegrenzte Straußellosigkeit“, „dreifache Fälschung der Parteigeschichte“, aber Wahrheit ins Gesicht schlagendes Gebahren“, „politisches Vandalentum“. Das wäre ungefähr eine Willenleise aus dem Sammelbecken christlicher Liebeswörterzeiten, die aber keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Scherz wie von den höchsten Schimpferern ab, die man benehmen, wie gut der Streich gelassen hat, und betrachten wir die Tatsachen. Was ergibt sich? Das Zentrum und seine Anhänger haben nie einen Finger gerührt, um die preussische Wahlrechtsbewegung zu unterstützen. Die Zentrumspresse hat vielmehr die Wahlrechtsbewegung der sozialdemokratischen Arbeiter stets nach Kräften verkleinert, heruntergerissen und denüanziert. Vom Jahre 1875 bis zum Beginn der Wahlrechtsbewegung, also dreißig Jahre lang, hat das Zentrum für die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen nichts getan. Dem Antrag auf Einführung des Reichswahlrechts, den das Zentrum dann endlich im Jahre 1907 unter dem Druck der Wahlrechtsbewegung einbringen mußte, wurde von 13 Zentrumsvorparlamentarischen die Unterstützung verweigert. Das Zentrum hat diese offenen Gegner des Reichswahlrechts bei den Landtagswahlen von 1908 ruhig wieder aufgestellt. Am 23. Januar 1904 sagte Dr. Wagem in der Abgeordnetenkammer, niemand könne daran denken, ohne weiteres das Reichswahlrecht an die Stelle des preussischen Wahlrechts zu legen, weil erstens keine Mehrheit dafür da sei, dann zweitens weil das Reichswahlrecht auch als ein Ideal nicht anerkannt werden kann, und es doch, wie sich gezeigt hat, Mißstände mit sich bringen kann. Mißstände, die einen gewissen Raum gibt, von denen wir nicht wissen können, daß sie ausgedehnt werden. Zwischen diesen beiden Extremen aber, dem preussischen Dreifachwahlrecht und dem Reichswahlrecht, gibt es eine Mitte, und nach dieser Mitte sollte man hinstreben, um bei Zeiten in tugendlichen Zeiten zu einer geeigneten Verbesserung zu kommen.“ Bei dem unglücklichen Wahlrechtsverrat von 1910 machte das Zentrum mit den verhassten Wahlrechtsfeinden, den

Verbandstag der freien Gastwirte.

k. r. Halle, 6. Juli.

Erster Verhandlungstag (Vorbesprechung).

Der allgemeine Bericht des Verbandsvorstandes Liffin handelte zum größten Teile über die verschiedenartigsten Differenzen der einzelnen Zählstellen, teils mit Behörden, teils mit Parteigenossen u. a., in denen der Vorstand eingreifen mußte. Fast alle diese Fälle haben nur für die Verbandstätigkeit besondere Bedeutung, für die breite Öffentlichkeit sind sie von minderer Interesse. In einer ganzen Reihe weiterer Fälle hat der Vorstand einwirken müssen, wo es sich darum handelte, kommunale Belastungen für die Mitglieder abzuwehren, wie sie in den verschiedensten Stadterweiterungen in Gestalt von Luftbarricaden u. dgl. aufzuhalten versuchten. In einer Reihe von Städten ist es gelungen, den Versuch der Stadterweiterungen abzuwehren; in anderen Orten müssen die Kollegen neben den Kosten der Reichsanlageform die neuen Kosten auch noch tragen. — An der Hand eines bestimmten Falles erläuterte Rehner, daß ein Bier in der Lage ist, die politische Verfassung eines Staates in seinem Gange zu verhindern; wenn er es tut, liegt er sich der Verfassung wegen überhand gegen die Staatsgewalt aus. Aus Anlaß eines Konfliktes mit einer großen Brauerei in Plauen führte Rehner aus, daß es ein Ziel der Gastwirte sein müsse, die Verträge mit Brauereien die Klausel zu bekommen, daß während der Verbindung eines Hofpotts über die Brauerei die Wirte an die Abnahme des vereinbarten Bieres nicht gebunden sind, sondern bspottfrei Bier von anderer Seite entnehmen können. — Liffin legt ferner der Generalversammlung einen mit der Reichsregierung in Zusammenhang stehenden Vortrag zur Sanftionierung vor. Der Vortrag soll den Wirten die Auffassung von Mühlsteinen in ihren Betrieben zu weit billigeren Preisen ermöglichen, als es ihnen bis jetzt infolge der Ansprüche der deutschen Lohnbewegungsvereine möglich ist, die für ihre Urheberrechte ganz exorbitante Preise fordert. — Dem auf dem vorigen Verbandstage ausgesprochenen Wunsch, das Organ freier Gastwirte auf den Verband zu übernehmen, ist der Vorstand nachgekommen; seit 1. Januar 1911 befindet sich das Organ in Regie des Verbandes. Diese Lebensnahme hat sich wirtschaftlich wie sachlich bewährt. Dasselbe ist zu sagen von der geringfügigen Beitragserhöhung von 500 auf 6 Mark pro Monat, die seit der vorjährigen Generalversammlung durchgeführt ist. Der für die Steuerentlastung notwendige Garantiefonds von 30 000 M. hat zinstreuend angelegt werden können. Das verlorene Geschäftsjahr, schloß Liffin, hat ein reiches Stück Arbeit gebracht, der gegenüber der Vorstand sich bemühte, seine volle Pflicht und Schuldigkeit zu tun. (Beifolger Beifall).

Der Vorsitzende erteilte den Bericht der Kontrollkommission. Die Kontrollkommission hat sich mit mehreren Beschwerden befaßt, bei denen ihr Rat nicht immer mit der Entscheidung des Hauptvorstandes übereinstimmte. Ganz besondere Arbeit hat ihr die Reklamation der Verträge verursacht. Als der frühere Vorstand aus seiner Stellung ausschied, verursachte es ganz besondere Schwierigkeit, eine wirklich geeignete Kraft für den Redaktionsposten ausfindig zu machen. Die Kommission vertraute schließlich die Reklamationen provisorisch dem Vorstandes Liffin an, der den Anforderungen gewachsen ist. Jetzt handelt es sich um die Anstellung eines neuen Redakteurs, und zugleich stellt die Kommission den Antrag, Liffin als Vorfall seinen fest anzustellen. Der Antrag löst teils Beifall, teils erregten Widerspruch aus. Gerde führt aber aus, daß die Kommission auf Grund ihrer Einsicht in das Nebenamt der Verbandsarbeit die Verwendung bekommen hat der unbedingten Notwendigkeit dieser Anstellung. Zum Schluß erklärt Rehner, daß sämtliche Bücher, Belege und Kasse genau geprüft wurden, zuletzt noch direkt vor Beginn dieser Generalversammlung, und nicht eine einzige Unregelmäßigkeit entbehrt worden ist. Er beantragt, dem Kassierer Befehle zu erteilen.

Der Bericht der Mandatsprüfungskommission ergab, daß 60 Delegierte, die Objekte des Ausschusses und der Rechtskommission und der erste und zweite Vorsitzende anwesend sind. Die Kommission beantragte, das Mandat des Kollegen Leicht-Jehode für ungültig zu erklären. Für diesen Antrag stimmte jedoch nur eine Minorität, dagegen wurde mit großer Majorität die Verwendung Jehode für ihr Verbleiben bei der Delegiertenliste einstimmig beschlossen.

Nachdem eine 12köpfige Bescheidungskommission gewählt, begann die Diskussion über die erstatteten Vorstandsberichte. Es liegen dazu aus den Zählstellen Frankfurt a. M. und Speyer zwei Anträge vor, eine Krankenunterstützung, analog den Gewerkschaften, einzuführen. Die Verwaltungsstelle Osterhalt will eine Rentenschasse eingerichtet wissen. Straburg will eine Agitation, dahingehend, daß alle Gefährte, welche zum Verkauf von gefälschten Waren benutzt werden, ohne Unterschied geächtet sein müssen. Frankfurt a. M. will eine Einlage an die Reichsregierung, daß sie dem Reichstage eine Vorlage unterbreiten soll, nach welcher der Gehalt der Wirte in Prozenten festgesetzt wird. Offenbach will bei der Generalversammlung die Gleichberechtigung der Verbandsmitglieder mit denen anderer Gewerkschaften bei Lebertritten bewirken.

Die Verhandlungen werden am Donnerstag fortgesetzt.

Gewerkschaftliches.

Sieg der englischen Seeleute.

Man schreibt uns aus London: Der Kampf in den englischen Häfen nähert sich seinem Ende. Die Arbeiter — und zwar nicht nur die Seeleute, die die Bewegung einleiteten, sondern auch die Doodarbeiter — haben auf der ganzen Linie gesiegt. In der Höhe von der Kampf auf bittere Linie tobte, also namentlich in Southampton, Liverpool, Hull, ist der Friede wieder hergestellt. Die Unternehmer mußten nicht nur beträchtliche Lohnrückgaben bewilligen, sondern auch die Gewerkschaften der Seeleute und der Dooder anerkennen. Die Streiks dauern jetzt nur noch hauptsächlich in den schottischen Häfen Glasgow und Leith, ferner am Tyne (Newcastle und South Shields) und in Manchester, wo sich gestern fast alle Kupferleute angeschlossen, fort. In Hull und

Liverpool machte der Kampf in den letzten Tagen eine Reihe dramatischer Wendungen durch, ehe es zu einer Einigung kam. In Hull schien die Lage Ende der letzten Woche beinahe hoffnungslos, als durch die Vermittlung des Mr. Knibb eines hohen Beamten des Handelsministeriums zwischen den Unternehmern und den Vertretern der Arbeiter zustande gekommene Vereinbarung von den Streikenden einmütig zurückgewiesen wurde. Die Preise der Lebensmittel, die in ungeheurer Quantität in den Schiffen lagerten, schienen rapid in die Höhe, und die zum größten Teile unorganisierten Streikenden waren einer Hungertode nahe. Die Lage wurde noch verschärft, als auf die Küstenberge der Unternehmer hin Polizei aus London, Leeds und Sheffield nach Hull geschickt wurde. Am Sonntag wurden in den Versammlungen der Streikenden Resolutionen einstimmig angenommen, in denen sie ihre Bereitwilligkeit erklärten, die Arbeit wieder aufzunehmen, falls die Unternehmer gewisse weitere Konzessionen machen würden. Darauf kam es gestern zu einer weiteren Konferenz zwischen den Arbeitervertretern und den Unternehmern wieder unter Mitwirkung des Mr. Knibb, in der man sich auf definitive Bedingungen einigte. Die Bedingungen sind die folgenden: Die Unternehmer werden in Zukunft bei der Anwerbung von Seeleuten und Doodern nicht mehr auf die Vorgehung der (Schipping-)Föderationskarte bestehen und Arbeiter, die sie besitzen, nicht bevorzugen. Die Arbeiter haben das Recht, bei der ärztlichen Untersuchung der Seeleute einen eigenen Arzt hinzuzusetzen. Der Wochenlohn der lokalen Seeleute wird auf 3 1/2 Schilling, der Monatslohn für Seeleute auf 90 Schilling, für Heizer auf 86 Schilling erhöht; die Arbeitszeit wird um einen halben Tag in der Woche gekürzt. Der Stundenlohn der Schiffsboden wird um einen halben Penny erhöht. Ueber die Löhne der anderen Arbeiter wird später verhandelt werden. Im Falle eines Konflikts verpflichten sich beide Parteien, das Handelsministerium anzurufen.

Die Verabredung der Bedingungen wurde von den Versammlungen der Arbeiter mit großen Krumpfen angenommen. Es wurden Freudenfeuer angezündet, in die die Arbeiter einer nach dem anderen ihre Föderationskarte hineinschleuderten, zum Zeichen dafür, daß die Dramen der Shipping Federation gebrochen sei. Die Shipping Federation ist die eigentliche Feindin in dem Kampfe, und sie wird sich von dem Schicksal schwer wieder erholen können. Sogar ein so unternehmerfreundliches Organ, wie der Daily Telegraph meidet heute, daß der Sekretär der Shipping Federation Mr. Gulberrhams gestern morgen eilig nach Hull kam, um die Dooder nach im letzten Augenblick gegen die Arbeiter stark zu machen, aber die Unternehmer hätten geantwortet, daß sie den Streik müde seien und daß sie durchaus imstande seien, ihre eigenen Angelegenheiten zu besorgen. Die Shipping Federation wird diese Letzton nicht so bald vergessen. Der Friede in Hull ist infolgedessen nicht völlig hergestellt, als unter der Einwirkung der Streikbewegung andere Kategorien von Arbeitern Lohnforderungen aufstellten. So befinden sich jetzt Müller, Bauhelfer, Zementarbeiter im Streik.

In Liverpool haben die Arbeiter einen nicht minder entscheidenden Sieg errufen. Die Seeleute und Heizer hatten dank der Unterstützung der Doodarbeiter alle ihre Forderungen bereits vor einer Woche bewilligt erhalten, und der Frieden schien völlig hergestellt, als die Dooder ihre alte Forderung aufstellten und an die Solidarität der Seeleute appellierten. Diese bewiesen sie nun ebenfalls in vollem Maße, mit dem Ergebnis, daß die Unternehmer gestern auch die Forderungen der Doodarbeiter bewilligten. Es erhielten eine Lohnserhöhung und die Gewerkschaft wurde anerkannt. Während der kurzen Dauer des Kampfes ist die Mitgliederzahl der lokalen Organisation der Doodarbeiter von 700 auf 5000 gestiegen.

In London haben die Hafenarbeiter ebenfalls die beste Aussicht, wichtige Konzessionen zu erringen. Eine Konferenz der Arbeitervertreter mit der Hafenbehörde, die zum Entgegenkommen geneigt scheint, wird demnächst stattfinden. Inzwischen haben einzelne Londoner Doodigentümer bereits Lohnrückgaben bewilligt.

Meldungen über Gewerkschaftskämpfe.

Der Verband der Sattler und Portefeuilleer hat eine ganze Reihe erfolgreicher Lohnbewegungen durchgeführt und verschiedene Tarifverträge abgeschlossen. In der Automobilistenfabrik der Firma C. Kaufmann, Braunschweig, ist es bis zum Ende des Monats Juli ein für und für gefesteter Tarifvertrag gekommen, wonach die 60tägige Arbeitswoche auf 38 1/2 Stunden verkürzt worden ist. Der Mindestlohn für Sattler beträgt 21 Mark die Woche, der für Hilfsarbeiter 25 Pf. die Stunde. Sonntagsarbeit wird mit 60 Prozent, Überstunden werden mit 25 Prozent Zuschlag bezahlt. Die Lohnrückgabe beträgt mindestens 10 Prozent für jeden Arbeiter.

An der Gehilfenkammer der Firma Voigt in Potsdam ist die Lohnbewegung günstig verlaufen. Ohne Arbeitseinstellung wurden Lohnrückgaben von 5—25 Prozent erzielt. Lohnbewegungen im Lithographen- und Bindereiwesen. Die Steinbrüder der Firma Schärer u. Schick in Schleibitz bei Leipzig legten am 8. Juli die Arbeit nieder. — Die Firma Liebig u. Kuntze in Leipzig hat einem Teil ihres Personals durch Schreiben eine Lohnreduktion angeschlossen, die bis zu 5 Mark pro Woche beträgt. Die nicht von der Lohnreduktion betroffenen organisierten Arbeiter haben sich solidarisch erklärt. Es wird also zu einem Abwehrkampf kommen, wenn die Firma ihre Maßnahme nicht rückgängig macht. Beide Firmen sind für Athographen und Steinbrüder gesperrt. Die Kupferleute und Bleihändler der beschriebenen Handlungen in Augsburg haben die Arbeit eingestellt, nachdem die Firmeninhaber sich dem vom Transportarbeiterverband eingereichten Tarif gegenüber ablehnend verhalten haben.

Zum Reichstags-Wahlfonds.

Gieseln. Vom Freitag bei Fest 4 000 M. durch Heinrich, 300 Seliger, 300 Reichard.

Galle. Von Völkerei Genossen 2 000 M.

Verantwortlich für Zeitartikel, Politische Lieder, Parteinarbeiten, Ausland, Gewerkschaftliches, Neuigkeiten und Vermischtes Karl Bod. Lokales, Provinziales und Veranlassungen Wilhelm Roenen, beide in Halle.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 6. Juli 1911.

Arbeiterinnen! Arbeiter! Entschloß!

Kommt heute abend zur Abrechnung mit den Wahrscheinlichen und Kriegstreibern! Fordert eure Rechte für die preussischen Wahlen! Keiner und keine darf heute abend in den Demonstrationsversammlungen im Volkspark fehlen!

Die Massen müssen sprechen!

Verteiler rufen zum Vortritt gegen die Krankentafeln

L. V. Nachdem der schwarz-blaue Block unter folgender Aufsicht der Rationalisierer und gelegentlich auch der freimütigen die deutsche Arbeiterbewegung hat reformiert und verbannt, das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter in den Massen gerettet und alle Zwecke der Arbeiterbewegung durch die Massen und Dooder des Unternehmerns und der Bureaucratie ausgeliefert hat, sehen sich nunmehr die Kerne in Bewegung, um aus dem vandalischen geistigberührenden Treiben der bürgerlichen Parteien zu profitieren. Sie wissen, die Jünger Kestups, daß sie dabei sowohl auf die Unterfütterung aller Arbeiterklasse wie auch der Behörden rechnen können. Die Arbeiterbewegung ist ja nicht mehr in erster Linie dazu da, zu kämpfen, imaliden und verletzten Proletariats wirklich eine nur halbwegs ausreichende Hilfe zu gewähren, sondern um die Unternehmernmacht zu zerlegen, für Offiziere und Intelligenzien ein Unterkommen zu schaffen, sowie auch allerlei sonstigen „besseren“ Berufen auf Kosten der Arbeiterbewegung Unterstützung und Vorteile zu verschaffen. Dazu gehören auch die Kerne, die auch sofort die ihnen in materieller Beziehung günstige Situation erfaßt haben. Das machte Kerne den Vortritt gegen die Massen unter einem milden Beschlei über ihre angeblich trostlose Lage und unter dem Vorzeichen unternehmen die Privatpraxis sei ihnen vernichtet worden, ist natürlich nur ein lauthes Manöver, und die Offensivkräfte ihre zu führen über Zweck und Ziel des Vorgehens. An den in Straburg erscheinenden Verlässlichen Mitteilungen wird bereits laufig zum Vortritt genötigt. Ein Dr. Müller-Glabach erweitert sich dabei als Stabtrumpeter. Weil durch die Verfassungsordnung die Gehaltsgrenze von 2000 auf 2500 M. hinaufgehoben worden ist, behaupten die Kerne, daß fortan 97 Prozent der Bevölkerung in die Krankentafeln einbezogen seien und damit die Privatpraxis vernichtet sei. Die Kerne müßten also von den Krankenpatienten leben, und das sei nur möglich, wennstens allgemein die freie Arztpraxis und eine bedeutende Erhöhung des Honorars durchgeführt werde. Herr Dr. Müller-Glabach tritt für ein Normalisationshonorar ein, unter Abschaffung der Besoldungslöhne, die in erheblicher finanzieller Beziehung für die Kerne gefährlich und schädlich sei. Dr. Müller behauptet sogar, daß die Kerne häufig von den Krankentafeln durch falsche Zahlenangaben geschädigt werden. Der Herr fordert seine Kollegen auf, vom Tage des Inkrafttretens der Verfassungsordnung nur noch gegen die Einstellung der Krankentafeln nach der staatlichen Verfassung für die Massenmitglieder zu praktizieren. Wörtlich folgt Dr. Müller dieser Forderung zu:

Es ist die einzige Form des Massenhonors, die für uns eine Heberzeugung ausbilden könnte, denn ich habe schon unter Kontrolle. Außerdem ist diese Forderung bei weitem am leichtesten durchzuführen. Sie ist schon durchgeführt, wenn kein Arzt mit keiner Krankentafel mehr einen Vertrag abschließt. Denn für den Fall des Fehlens eines Vertrags bestimmen ja eben die Verordnungen, daß der Krankentafel gegenüber die Mindestsätze zu gelten haben.

Nun schreibt die Verfassungsordnung (§ 378) die Vertragspflicht vor, aber, so führt Dr. Müller aus, die Vertragspflicht ist wesentlich erleichtert, wenn die Kerne sich auf die Basis der Schenkungsordnung stellen. Ein jährlicher Arzt fordert eine einseitige, gleiche Minimalrate für alle Krankentafeln im ganzen Deutschen Reich, soweit nicht höher schon über die Minimalrate hinausgehende Honorare festgesetzt werden. Ein Sanbarg steht in der Verordnung unter dem Vorzeichen und Verbieten für alle Krankentafeln, wenn unterlassen wird, die Kerne gebort zu schreiben. Dieser Gemütsdienst der Heilung führt zu behandeln; vielmehr ist unbedingt überall durchzuführen, daß für die freiwillig Versicherten die Krankenleistung auf das Krankengeld beschränkt wird. Der Versicherte soll sich dann gesundheitslich verhalten, wie er es für das beste hält. Damit werden dann der ganze Mittelstand und alle Einzelkämpfer mit über 2500 M. wieder auf die Privatbehandlung durch die Kerne angezogen.

Ein Herr Dr. Wagen erhebt folgende Forderungen: 1. daß die Massen Beitragsklassen und Lohnklassen einrichten; 2. daß die Versicherungsberechtigten, zu denen natürlich auch die Kerne gehören, die ihre frühere Versicherungspflicht freiwillig fortsetzen, satzungsgemäß der höchsten Beitragsklasse anzugehören haben; 3. daß die Mitglieder dieser ersten Beitragsklasse in den Vertrag nicht eingeschlossen werden, sondern Privatpatienten bleiben. — Ob die Verfassungsordnung eine solche Regelung zuläßt, macht diesem Herrn keine großen Sorgen. Denn er hat sich bei anderen Bestimmungen, die der Durchführung seiner Forderung hinderlich sein könnten, das wird sich schon machen lassen scheint die Parole des Herrn zu sein.

Öffentliche Frauenversammlung.

Am Freitag abend 8 1/2 Uhr findet in dem Lokal des Genossen Seale (Verdensstraße 14) eine öffentliche Frauenversammlung statt, in der die Genossin Kaufmann-Berlin über das Thema: Welches Interesse haben die Frauen an der Politik, sprechen wird. Namentlich die Frauen aus dem Süden der Stadt werden ersucht, sich recht zahlreich einzufinden. Männer haben gleichfalls Zutritt.

* Gute Getränke in der Zunderkaffee Halle. Die Fabrik, die 1908 eine, 1909 aber schon 8 Proz. und im Vorjahre gar 10 Proz. Dividende für die Aktionäre abwarf, wird im laufenden Geschäftsjahr noch glänzenderen Lohn für ihre arbeitenden Beigier abwerfen. Anlaßlich der Einführung von einem

Million neuer Aktien an der Heiligsberg-Werke, teilt nämlich die Verwaltung mit, dass in letzterem Geschäftsjahre der Betrieb des Sozialrates ganz wesentlich überflüssig war. Es ist also an der Zeit, das Arbeiter, die diese Aktienbesitzverhältnisse in dem Betriebe schaffen, einmal wieder eingehend einen Teil auszuheben. Sohin für sich einfinden. Brauchen können sie es schon lange.

Schließung eines Grundstücks durch in tief angelegte Kanalisationsarbeiten. Die Stadtgemeinde Halle a. S. war von einem Grundstücksbesitzer O. veräußert worden, ihm 3900 M. Schadenersatz zu zahlen, weil kein Grundstück bei Ausfertigung von baulichen Kanalisationsarbeiten tief genug angelegt und nicht genügend abgeteilter Aufschüttungen Risse bekommen habe und dadurch entwertet sei. Die Stadtgemeinde behält ein Verdictum überzogen und führte aus, sie habe die Kanalisation nicht anders als direkt neben dem Bürgerrechte angelegt worden. Die Schäden des Hauses seien deshalb eingetretet, weil gleichzeitig ein Wasserrohrbruch vor dem Grundstück des Käufers stattgefunden habe. Das Landgericht Halle hatte die Klagenurteile für gerechtfertigt erklärt und angenommen, daß die zahlreichen Risse des Grundstücks und die Senkung des Grundstücks auf die unzulängliche Aufschüttung bei den Kanalisationsarbeiten zurückzuführen seien. Diese Schäden wären vermieden worden, wenn der Kanal in der Mitte der Straße angelegt und die Straße nicht gleichzeitig auf eine so große Länge hin ausgehoben worden wäre. Das Oberlandesgericht Naumburg hatte aber auf die Verfügung der Stadtgemeinde die Klage völlig abgewiesen und die Klageurteile für ungerechtfertigt und aufgehoben werden lassen. Nach dem Gutachten des Sachverständigen liege kein Verdictum der Stadtgemeinde vor. Denn der Schadenersatz habe erklärt, daß die Schäden des Hauses trotz der ungenügenden Abfertigung des Grundstücks und trotz der Aufschüttung nicht zu bejahen sind. Die Stadtgemeinde wird einmüchtig erklärt, wenn nicht gleichzeitig vor dem klägerischen Grundstück ein Wasserrohrbruch entstanden wäre. Es sei zwar vorwahrnehmbar gewesen, daß bei solchen Erdarbeiten häufig Wasserbrüche entstehen; die Risse an dem Hause und die Erdbehebungen des Fundaments seien auf das Zusammenwirken verschiedener Umstände und nicht allein auf die behauptete und teilweise erweisene unzulängliche Ausführung der Aufschüttungen zurückzuführen. Das Reichsgericht ließ sich dieser Abweisung des Schadenersatzes an.

Von der Reichspreis-Kontrollkommission an städtischen Behörden und Wirtschaften wurden am Montag, den 3. Juli 1911, folgende Preisverträge festgestellt: für 50 kg Kleinfischgewicht: Döchter Preis 72, niedriger Preis 68, höherer Preis 70 M.; für Hühner: Döchter Preis 72, niedriger Preis 66, höherer Preis 70 M.; für Biber: Döchter Preis 68, niedriger Preis 64 M.; für Sauglader: Döchter Preis 77, niedriger Preis 70, höherer Preis 84 M.; für Schmalz: Döchter Preis 70, niedriger Preis 62, höherer Preis 69 M.; für Schweine: Döchter Preis 38, niedriger Preis 34, höherer Preis 36 M. Bei den Schweinen vertritt sich der Preis auf 50 kg Schlachtgewicht. (Wenigen und bezahlt werden nur die beiden Abwechslungen, einmüchtig des Schweines unter ungleicher Qualität des sogenannten Kraines: Weichlinge, Wagen, Lamm, Mittel- und Schl.)

Strafandrohung für Straßenverunreinigung. Die Polizei erklärt folgende Warnung: Es ist wiederholt beobachtet worden, daß von erwachsenen Personen und von Kindern Papier, Obstreste und andere Gegenstände ad hoc auf die Straße geworfen werden, wodurch dieselbe verunreinigt und auch Unfälle herbeigeführt werden können. Es wird auf die Straßenpolizeiverordnung vom 14. September 1910 hingewiesen, durch welche die obenbenannten unangelegenen Verunreinigungen der Straßen verboten sind. Es soll gegen jede Zuwiderhandlung unmissverständlich eingeschritten werden.

Die Gewerkschaftsvorstände werden hiermit, wie bereits durch Urteil gegeben, nochmals ersucht, auf die Freitag, den 7. Juli, Abends 8 Uhr im Volkshaus stattfindenden Kartellung je zwei Vorstandsmitglieder zu bezeichnen.

Zur Charakteristik der Privattrafanten. In einem Bericht über eine Gerichtsverhandlung hatten unsere Zeitgeber und Chemiker Parteiorgane gewisse Bestimmungen in den Verordnungen-Verordnungen der mittelhessischen Kantone-Verordnungen als unzulässig bezeichnet. Diese Bestimmungen für die Privattrafanten genannt. Wegen dieser angeblichen Verordnungen wurden die Notaranteile zu 50 M. Geldstrafe verurteilt, wegen sie Verfügung einlegten. In der Berufungsverhandlung wurde nun das eingeholte Gutachten des Dozenten für Verordnungsstellenchaft an der Handelshochschule, Weisloßberg Gerhard Weber, vorgelesen. Nach diesem Gutachten sind die genannten Bestimmungen unzulässig und schikanös. Eine liberale Verordnungsgebung werde es zu vermeiden suchen, daß die Verordnungen über die Bestimmungen aus Verordnungsstellen der Beweismittel im Unklaren bleiben und infolgedessen materiellen Schaden erleiden. Die Bestimmungen seien teilweise nach dem Stande der Verordnungsgebung ausgesetzt worden. Die Bestimmungen sind zum Teil rechtlich erlaubt, zum Teil seien sie Verordnungen von veralteten Bestimmungen, die am 1. Januar 1910 von der Verordnungsgebung aufgehoben sind. In seinen mündlichen Darlegungen erklärte der Sachverständige dann noch, daß nach gewisse historische Bestimmungen ab 1910 1908 weg gelassen für die Privattrafanten können. Das Urteil ist in acht Tagen veröffentlicht werden.

Selbstmord. Am Johannisbad (Weingärten) hat am Dienstag der Landammerrat Wendes aus Jena, Vizepräsident des Ritterguts Landesh, seinem Leibe durch Selbstmord ein Ende bereitet. Dem 73-jährigen Mann haben angeblich formwählende Anforderungen an der Zeit gefehlt.

Selbstmord. Eine 21-jährige Pflegerin sprang am Dienstag in der Nähe des Gutes Götteritz in die Wilsch-Saale. Es kam aber, nachdem sie mit dem Kopfe gegen einen Baumstamm gestürzt war, wieder an Land. Weitere Selbstmordveruche wurden von hinführenden Personen verhindert.

Vom eigenen Wagen überfahren. Beim Abfahren von einem mit Steinen beladenen Wagen der Firma Rinde u. Eröster kam in der Robert-Franke-Straße der Gefährdeter

Albert Meyer aus Kleeben an Ross und das Vorderrad glücklicherweise über die Straße. Er wurde nach dem Unfallbericht in Kauf gebracht.

Osnabrück. Vergeltliche Vieschande. Wieselhof wurden in letzter Zeit hier und auch an anderen Orten Anzeigen gegen Beamten der Arbeitervereinigungen erlassen, um gefällige Beziehungen zu öffentlichen zu hemmen. Erst jüngst blühte der rufmündige Amtsvorsteher mit einer Anzeige vor dem Schöffengericht ab. Da das Wieselhofwiesenhof "unser" Bedenken nun einmal nicht in Frage ist — und das tritt besonders ein, wenn es sich um die Verlegung von Arbeitervereinigungen handelt — verurteilte man es mit einer neuen Anzeige. Danach sollte der Amtsvorsteher am Sonnabend, den 4. April, ohne polizeiliche Genehmigung eine öffentliche Kundgebung veranstalten haben. Er erhielt ein Strafmandat und beantragte dagegen gerichtliche Entscheidung. Am betreffenden Abend waren die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes, deren Angehörige und einige Gäste zu einem Waisentanzabend geladen. Es erregte die "fällige" Anzeige, da auch Nichtmitglieder und Nichtgeladene an der Festlichkeit teilgenommen haben sollten. Ein Genarrmeritoratmelter hatte, wie ihm jedenfalls der Amtsvorsteher geheimer Anzeige erstattet, aber nicht erteilt, ob die Geschäftlichkeit des Vergnügens durchbrochen werden. Die Sache liegt ähnlich so, meinte er, wie die jüngst verhandelte, in der ebenfalls Freisprechung erfolgte. Der Amtsvorsteher beantragte trotzdem öffentlich machen den Inhalt einer Geldstrafe von 10 M. Der Reichsrichter des Angeklagten, der zur Verhandlung nicht erschienen war, beantragte selbstverständlich Freisprechung und das Gericht erkannte demgemäß mit der Begründung, es sei nicht überflüssig, daß das Vergnügen eine geschlossene Gesellschaft gewesen sei, da nur Mitglieder, deren Angehörige und eingeladene Gäste daran teilgenommen hätten.

Wid der selbstverhänglichen Freisprechung hätte die Sache eigentlich nicht abgetan sein sollen. Weshalb, die — brühen sich um vorläufig — nicht aufrechtzubehalten Anzeigen erlassen sollten man zur Menschlichkeit ablassen, aber mindestens anhalten, für entlassene Schwand zu halten. Abgesehen von der Schere, die dem Willen erwidern, sind ihm auch noch Rollen für den gefälligen Wechselwert erwachsen. Wie kommt der Mann dazu, seine Mittel wegzunehmen, für eine zu Unrecht erlassene Anzeige? Wenn es auch nichts schadet, daß durch solche Schand "im Wasser gegen die Arbeiterbewegung die "Unschärfe" gewisser Organe beseitigt wird, so könnte man doch dadurch, daß man zu einigen Anzeigerleistungen die Zeremonien für Zeit legt, überflüssige Anzeigen verüben.

Aus den Gerichtsstellen.

Strafkammer.

Intellektuelle Arbeitsvermittlung. Um seine Vorstrafen vermindern zu können, hatte ein Vätergelehrter, der in Weimar geflohen war, bei seiner Einlieferung ins Gefängnis einen falschen Namen angegeben. Der Mann wurde deshalb zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Schöffengericht.

Als ein recht ungenauer Herrmann zeigte sich eines Abends im Beisein der von hier. Seine Frau sollte wegen unvorsichtiger Behandlung die Wohnung verlassen und wurde von ihm mit dem Revolver in der Hand angefordert, zurückzukehren. Als sie der Turanne nicht folgte, bedrohte er sie mit Erschießen. Der Mann mußte für seine Dreistigkeit 50 M. zahlen.

Aus den Nachbarkreisen.

Landratsrecht.

Für das Parteirecht des **Rasselsberg** Wärfreises, das in Zeuthenthal am 18. Juni stattgefunden hat, war durch den Genossen Christiane die Genehmigung eines Umzuges durch die Straßen von Zeuthenthal nachgeführt worden. Der Amtsvorsteher hat diese Genehmigung ohne jegliche Angabe von Stunden verweigert. Gegen diesen Verdict wurde Beschwerde beim Landrat in Götteritz erhoben, der jetzt 14 Tage nach Abhaltung des Festes dem Genossen Christiane einen Grund für das von ihm beschlossene Umzugsverbot angegeben hat, der eine Verletzung für die gesamte Einwohnerchaft Zeuthenthals bedeutet, es mit oder ohne Wissen des Landrats, was dahingestellt bleiben. Jedenfalls wird es objektiv in dem Verbot zu begründet, als wenn Zeuthenthaler Einwohner sich aus politischen Gründen anlässlich des Festzuges gegenständig pöbeln würden. Einen solchen Verdict der politischen Bildung unterstellt der Landrat sowohl den feierlich bestimmten Festzugsteilnehmern, wie der sogenannten heillosen Bürgerchaft Zeuthenthals. Man lese folgenden Erlaß, der diese schone Landratsmeinung über die Zeuthenthaler Klar enthält:

Die Beschwerde gegen die Verfügung des Amtsvorstehers zu Zeuthenthal, durch welche die vom Vorstande des Sozialdemokratischen Vereins für die Rasselberg Freie und den Stadtkreis Götteritz für diesen Verein nachgeführte Genehmigung zur Veranstaltung eines Umzuges durch die Straßen von Zeuthenthal am 18. Juni d. V. verweigert worden ist, weise ich nach Anstellung sehr eingehender Ermittlungen und nach genauer Prüfung der Sachlage als unbegründet zurück. Bei dem in Zeuthenthal und Umgegend zurzeit bestehenden Vergarbeitsfreistell in der Braunkohlenindustrie und den hierdurch bedingten sehr gespannten Verhältnissen zwischen den bürgerlichen Parteien und der sozialdemokratischen Partei waren bei dieser Gelegenheit Ausfahrungen mit Sicherheit zu erwarten. Somit war durch diese Veranstaltung Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten und demgemäß der gesetzliche Grund zur Verlegung der Veranstaltung gegeben. (reg.) Weibel.

Das dem **Erwünschten** des Schriftstellers durch die Fortlassung der Anrede Herr eine gewisse Stärkung zugesagt wird, sei nur nebenbei bemerkt. Wichtig ist aber, daß der Landrat behauptet, es waren bei dieser Gelegenheit Ausfahrungen mit Sicherheit zu erwarten. Und den Grund dafür sollen die durch den Vergarbeitsfreistell "bedingten" gespannten Verhältnisse zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie geben. Das heißt in einfachem Deutsch: Bürgerliche und Sozialdemokraten würden beim Festzug sich gegenseitig gegenseitig verweigert haben. Wie der Landrat zu dieser ungenügenden Annahme kommt, ist abgesehen von der falschen Umdeutung — auch verstandesgemäß unzulässig. Nach den Regeln der Logik müßte er sich doch sagen: Na, wenn die Sozialdemokraten in diesen Streitfragen noch am liebsten Zag feierliche Festzüge machen wollen, dann kann es mit der Erzeugung unter der Einobdachheit meines Reiches nicht schämen sein, denn, Herr Landrat, in Zeiten, wo es schon auf Leben und Tod geht, da feiert man keine Feste mehr, am wenigsten aber große Volksfeste mit feierlichen Umzügen unter Wahrung politischer Zweckmäßigkeit. Aber mochte sich auch ein Landrat die Gefühle und Stimmungen der Arbeiterchaft und des Mittelstandes kennen. Er muß seiner Stellung und Herkunft nach in den Kreisen der Großgrundbesitzer, Fabrikanten und Grundbesitzer verkehren und in dem Bewußtsein dieser Gesellschaftskreise denogen sich naturgemäß seine Vorgesetzten und seine Erbsen, wie der obige, der eine lebhaft Entschiedenheit hervorzuweisen wird unter den aufgeführten Arbeitern, die es energisch zurückweisen, für billigfertig gehalten zu werden. Die Sozialdemokratie kämpft nur mit der Unterstützung der Arbeiter, nicht mit Häufen, Säbeln und Raschensengewehren.

Zur Lohnbewegung im Magdeburger-Gefäßfabrikanten-Bezirk.

Die **Drauschweiger** Landesbank hat unter dem 5. Juli der Öffentlichkeit mitgeteilt, daß die streikenden Vergarbeitsfreistellen unruhig zu werden, und das es schon beim Schichtwechsel zwischen den Sicherheitsbeamten und den Streikposten zu Kollisionen gekommen sei. Das Verbotungen noch nicht vorgekommen seien, sei nur der besonnenen Ruhe der Polizei anläßlich dieser Verhältnisse, den Versteher regelnde Bestimmungen aus für die Umgangsweg nach den Schäden der Braunkohlensteins Kohlenwerte zu erlassen, wie dieses für die Grube Emma bereits seit geraumer Zeit geschah. Wir haben aus Anlaß dieser Bewegung schon alterhand Hinweis gegeben und gesehen, das aber der gang unangenehme Schritt bezügl. des kleinen Verlagerungsaufstaus wieder auf das Konto der Streikenden gelegt werden soll, dagegen müssen wir denn doch protestieren. Am Streikgebiet ist alles ruhig, nur die Polizei ist nervös, wurde im Jahre 1889 dem Minister telegraphiert, so oder wenig anders würde auch die Antwort lauten, wenn die objektiven Zustände auch heute maßgebend für die oberen Stellen wären. Wie stellen sich, daß nicht die Streikenden Verantwortung geben zu irgendeinem Einzelfall, sondern daß die Beamten die zur angeblichen Sicherheit der Arbeitswichtigen dort ihre Funktionen ausüben, die Ruhe vermissen liegen, die ihnen der Kritikerfreier vergebens angedeihen sucht.

Auch heute müßten wir die Beobachtung machen, daß einige Organe der Polizei wieder unter der alten Prämisse, genannt Nervosität, sitzen. Die Helmstedter Streikposten, die gut 20 Meile voneinander entfernt waren, näherten sich, um eine Reihe Schmutzfabrik zu nehmen. Als dieses Geschäft vor sich gehen sollte, kamen einige Genarrmeritoratmelter und wurden die verbotenen Kameraden aufgeführt, ausgenommen, was die Polizei dieses Kameradenbezuges bei derartigen angründlich schweigend ist, so wollen sie sich wenigstens entfernen, nachdem sie ihre Räte befristet hatten. Das dauerte aber den Genarrmeritoratmelter offenbar so lange, und wurden diese dann mit Kräften aneinandergebracht. Der eine der Streikposten wurde kaffig von dem einen Beamten gefesselt, daß das Wintergeleit dabei zum Teil ging. Ein anderer Kamerad, der nach seinem Kartoffelader gehen wollte, wurde angehalten und vom Fahrtrabe heruntergeholt, welches dann von dem Genarrmeritoratmelter genommen wurde. Es ist wirklich schon viel gekommen, wenn die Arbeiter sich zu ihrem Felde begeben wollen, so werden sie sich wahrlich nicht erst Erlaubnis dazu von dem genarrmeritoratmelter haben, sondern die streikenden Arbeiter werden die gerechte Forderung bis zum Ende ausstumpfen, daran ändert sich nichts.

Oberbürgermeister und Sozialdemokratie.

Die Stadt **Dresden**, von deren öffentlichen Genossen nur selten einmal eine erfreuliche Nachricht in die Welt bringt, besitzt einen heftigsten Oberbürgermeister als Halle. Ansehen ihm und unieren Genossen hat es oft heftige Kämpfe gegeben, aber es muß Dr. Wender ausgedrückt werden, daß er auch gegen Junfer und Wender sein in **Wann an fassen** mit, wie er im preußischen Herrensaal und auch bei sonstigen Gelegenheiten mehrfach zu sehen war. Nun soll in Dresden eine große Fest- und Veranlassungshalle gebaut werden. Unsere Genossen machen ihre Zustimmung zu dem Bau von vornherein davon abhängig, daß die Halle allen politischen, ausgenommen den Parteien zur Verfügung stehen werden, was Doktor Wender rückfallslos sagt. Darüber großes Leben in der reaktionären Presse. Die Halle komme nur der Sozialdemokratie zugute, da nur sie die 12000 Arbeiter anfordern könne, die nötig sind, um eine Veranlassung in der Halle zu halten. In der letzten Stadtbürgermeisterversammlung, in der der Bau der Halle einhellig beschlossen wurde, unternom es der ultrarotante Stadtbürgermeister Dr. Herdel, den Oberbürgermeister durch die Frage anzurempeln,

Stauend billig sind die Preise in meinem nur jedes Jahr einmal stattfindenden Inventur-Klämmungs-Auerverkauf

Nur ganz kurze Zeit!!!

Alex Michel, Halle a. S.
Marktplatz 18,
Ecke Kleinschmieden.
Mitglied d. Rab.-Sparr-Vereins.

Anf alle Preise noch % in Rabattmarken

er seine Erklärung, daß die Halle allen vollständigen und religiösen Parteien zur Verfügung stehen werde, nach völliger Überlegung anrecht zu erklären. Dr. Reuber erwiderte ohne Schwanken: Ich halte die Erklärung durchaus als gerechtfertigt an. Ich weiß zwar, daß der Oberbürgermeister einer anderen Stadt aus einem ähnlichen Anlaß befragt worden ist, weil er dadurch die sozialdemokratischen Bestrebungen unterstützen würde, aber auch das wird mich nicht abhalten. Ich werde mich in solchem Falle sogar selbst bemühen, daß man die Sozialdemokratie nicht dadurch bekämpfen kann, daß man ihr die Gleichberechtigung verweigert.

Will diesen Worten und Taten vergleiche man nun einmal das Vorgehen unserer Vorgesetzten und Polizeibehörden. **Verlesung.** Ein Urteilsakt in der Angelegenheit des Dienstag nachmittag auf dem hiesigen Neubau der Firma Schürwald und Schmidt. Eine Besondere drach durch und ist den darauf arbeitenden Maurer Schmidt mit in den Keller, wo er beunruhigend liegen blieb. Nach Anweisung von Wobersdorff wurde Sch. in seine Wohnung abbracht, er soll eine leichte Gehirnverletzung davongetragen haben.

Die Maul- und Klauenseuche tritt im nahen Remsdorf sowie in Lauchstedt und Umgegend auf. In diesem Gegenstand die die Krankheit noch nicht aufgehört, trotzdem kein ausländisches Vieh eingeführt wurde. Weiter ein Bericht, daß alle Grenzsperrren überflüssig sind; denn vom Ausland hört man wenig Klagen über diese Seuchen.

Eine Kartellkündigung findet am Freitag, den 7. Juli, nämlich abends 7½ Uhr, in der Kaiser-Wilhelms-Halle statt. Die Delegierten werden ersucht, vollständig zu erscheinen.

Ultrarönte. Eine Mitteilungsverammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Ultraröntgen und Umgegend fand am 2. Juli in Dösch statt. Sie war leider schwach besucht. Nachdem Genosse Winter-Röschow zum provisorischen Schriftführer ernannt worden war, wurden fünf neue Mitglieder, die sich angemeldet hatten, in den Verein aufgenommen. Hierauf gab Genosse Reichle-Gröschke den Bericht von der letzten Delegierten-Konferenz unseres Bezirks in Halle. Eine Diskussion fand nach den eingehenden Ausführungen nicht statt. Nachdem Genosse Wittenberg-Ultraschnitt den Bericht der Veranlagungskommission für das Sommerfest erstattet hatte, wurde beschließen, das fest am Sonntag, den 30. Juli, nachmittags 3 Uhr, in Grottelna abzuhalten. Unter Vorsitzes gab der Genosse Wöbe-Gröschke bekannt, daß infolge der Erhöhung des Abonnementpreises der Leipziger Volkszeitung ein Antrag der Verleser abgelehnt ist. Weiter führte er die Rede über die Wichtigkeit der Zeitungs-Kommission. Ein Antrag des Genossen Meyer, den Grottelna zu verlassen, ein Flugblatt herauszugeben, in welchem die Leser der Zeitung über die Gründe der Erhöhung des Abonnementpreises aufgeklärt werden sollen, wurde angenommen. Nachdem dann noch beschlossen worden war, am 22. Juli er in Ultraröntgen die Generalversammlung abzuhalten, wurde die Veranlagung beschlossen.

Städtisch. Öffentliche Stadtverordnetenversammlung, Freitag, den 7. Juli, findet abends 7 Uhr eine öffentliche Stadtverordnetenversammlung im großen Nationalhaus mit folgender Tagesordnung statt: Kenntnisnahme vom Revisionsprotokoll vom 31. Mai 1911, Kenntnisnahme vom Finanz-Rückblick der Stadtverordneten für das Jahr 1910; Beschlußfassung über die Stadtschuldenaufnahme; Beschlußfassung über Erhebung einer Schadenersatz-Gebühr; Kenntnisnahme vom Bescheid der Leipziger Anwesenheits-Ärztliche-Gesellschaft (Wartehalle); Beschlußfassung über eine nachträgliche Baugenehmigung; Bauschluss der Firma Otto u. Co.; Beschlußfassung über den Antrag der Eigentümer des Nationalhauses; Beschlußfassung über den Verkauf von Gelände; Bericht der Kommission zur Prüfung der Mütter-Schul-Armen-Kassenrechnung 1909. Hierauf geheime Sitzung.

Verhaftung bei Wandsch. Diktatorstellung! Vom 1. Juli ab gehört die Stadt Wandsch zum Distrikt Klotzmannsberg. Für Wandsch führt vorläufig Genosse Wilschke-Winterbach, Wien, die Geschäfte; von diesem sind Wandsch und anderes Material zu beziehen. Der Rentiermann für den Distrikt Klotzmannsberg ist Karl Müller, Wandsch, 18.

Stilles. Ein Kind verstorben. Seit Montag mittag wird die sechsjährige Adelheid Hoff, Tochter des Wachtmeisters Hugo Hoff, vermisst. Das Mädchen hat am Montag vormittag noch die Schule besucht, ist aber von dort nicht mehr nach Hause zurückgekehrt.

Sängerheute. Kinderbesichtigungen um Gewerkschaftsfeier. Während findet zum Gewerkschaftsfeier ein Kinderreigen statt. Die Beteiligung war leider meistens eine sehr geringe. Die Gewerkschaftler werden deshalb erucht, ihre Kinder jährlich zu den Vorbereitung, Montag abends 7 Uhr, nach dem Herrntanz zu schicken.

Überschlagungen. Ein Blitzschlag letzte in Überschlagungen am See die dortige Solardi- und Paraffinfabrik von Dünge und Korte in Brand. Den Bemühungen der Feuerwehr ist es gelungen, daß Feuer auf seinen Däch zu beschränken.

Sigismund. Kindesleiche gefunden. In der Nähe einer Stiege wurde im Wände die stark verweste Leiche eines neugeborenen Kindes gefunden. Ob das Kind getötet hat, konnte nicht festgestellt werden. Als Mutter des Kindes steht ein hiesiges Dienstmädchen im Verdacht, das wohl unehelich geboren hat und in seiner Angst nicht wußte, wohin mit dem kleinen Weien.

Wohnung. Achtung, Parteigenossen! Sonntag, den 9. Juli, nachmittags 7½ Uhr findet im Hotel Waldau eine öffentliche Parteiverammlung statt, bei der folgende Tagesordnung ist: Bericht über die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins. Es ist bringen notwendig, daß alle Parteigenossen zu diesen wichtigen Versammlungen erscheinen. Die Direktivleitung.

Verhaftung. Eine Revolverversteigerung als Folge eines Ehedramas hiesig die in der Großen Fleischergasse zu Leipzig ab. Der Arbeiter Hoffmann befuhr dort seine von ihm getrennt lebende Frau und machte ihre Eiderkassette, wobei er sie mit einem Revolver bedrohte. Die Frau suchte mit ihrem Kind und holte einen Schuhmann zu Hilfe, auf den Hoffmann einen Schlag abgab, der der selbigen. Der Schuhmann schlug hierauf mit dem Fabel auf Hoffmann ein und machte ihn wiederstandslos.

Verhaftung. Verhafteter Desfrudent. Gestern morgen ist der Hauptgeheimrat und Schuldennehmer Hüpper, der betamliche 28000 Mk. amtlicher Gelder unterschlagen hat, in Wien verhaftet worden. Gestern mittag wurde Hüpper nach Leipzig nach etwa 20000 Mark bei Hüpper vorgefunden worden. Hüpper ist bereits an das Landgerichtsgeschäft in Wien ausgeliefert worden.

Zeugnis. Selbstmord auf der Eisenbahnstrecke. Der Bergarbeiter Mölle legte sich Dienstag auf den Bahnkörper der Strecke Leipzig-Weißfels und ließ sich von einem Zuge überfahren. Dem Selbstmörder wurde der Kopf dem Stamme getrennt. Verirrte Lebensverhältnisse haben ihn zu der schmerzhaften Tat veranlaßt.

Koburg. Landarbeiter, umwickelt die Senie! Die Unfälle vieler Landarbeiter, mit blauer Senie auf das Feld zu gehen oder zu fahren, hat in Weidenwör ein Opfer gefordert. Der Bauarbeiter Konstanter fuhr mit der blauen Senie auf dem Rücken nach der Weide. Er fuhr auf einen Stein und wurde vom Hade geschleudert, wobei er so unglücklich in die Senie fiel, daß diese 15 Zentimeter in seinen Körper drang und die Leber durchschlug. Es mußte sofort eine Operation vorgenommen werden und besteht nur wenig Hoffnung, ihn zu erholen.

Volkswirtschaftliches.

Der gebundene Großgrundbesitz in Preußen. Die Korrespondenz des preussischen Statistischen Landesamtes veröffentlicht in Nr. 26 vom 1. Juli einige Angaben über die Pflanzensituation im Jahre 1909. Danach bestanden am Jahresabschluss 1909 in Preußen 1218 Fideikommiss mit einem Gesamtumfang von 2362674 Hektar, d. h. 8,75 v. H. der Staatsfläche, darunter 1102193 Hektar Fideikommissgrundbesitz = 12,84 v. H. der Staatsfläche des Staates und 46,86 v. H. der Gesamtfläche des Reiches. Im ganzen hatten die Fideikommiss-Erben 1909 einen Grundbesitz-Reinertrag von 283262999 Mark oder von 6,44 Hundertteilen in der gesamten Staatsleistung.

Im Berichtsjahre wurden im ganzen 25 neue Fideikommiss, nämlich 6 in der Provinz Posen, 5 in Schlesien, 4 in Brandenburg, 3 in Ostpreußen, je 2 in Westpreußen und Pommern, je 1 in Sachsen, Hannover und der Rheinprovinz, mit einer Gesamtfläche von 33247 Hektar und einem Grundbesitz-Reinertrag von 328921 Mk. errichtet; 70 Erweiterungen bestehender Fideikommiss eingetragten belaufen sich den Gesamtumfang auf 38059 Hektar (darunter 11725 Hektar Staatsfläche) mit 387952 Mk. Grundbesitz-Reinertrag. Aufgehört wurden acht Fideikommiss, nämlich 6 in Hannover und je 1 in Posen, Sachsen sowie Hessen-Nassau, mit zusammen 9087 Hektar und 118490 Mk. Grundbesitz-Reinertrag.

Im ganzen stetig nach vorliegendem bis Ende 1909 die Zahl der Fideikommiss auf 1235, ihre Gesamtfläche auf 2378677 Hektar, d. h. 8,82 v. H. des Staatsumfangs, ihr Grundbesitz-Reinertrag auf 28367938 Mk., d. h. i. 6,49 v. H. des für den gesamten Staat ermittelten; die Fideikommissgrundbesitz vermehrten sich auf 111180 Hektar, d. h. i. 8,19 v. H. der Staatsfläche, 13,45 v. H. der gesamten Staatsfläche im Staate und 46,71 v. H. der gesamten Fideikommissfläche Preußens.

Für unsere Frauen.

Die Frau als Lohnarbeiterin. Wenn man die Ergebnisse der Berufs- und Gewerbebefragung seit dem Jahre 1882 bis 1907 vergleicht, so ergibt sich, daß die Zahl der im Hauptberuf erwerbstätigen Frauen ganz erheblich zugenommen hat. Es betrug im Jahre 1882: 4259108, 1886: 5292983 und 1907: 8248288. Davon sind 284 v. H. aller Personen weiblichen Geschlechts hauptberuflich erwerbstätig, vor 26 Jahren waren es erst 18,5 v. H. Unter den genannten 8¼ Millionen Frauen sind fast 4 Millionen (3800369 oder 42,2 v. H. aller im Hauptberuf erwerbstätigen Frauen) Ehefrauen. Davon leben noch 2808804 in ehelicher Verbindung, die übrigen sind verwitwet oder geschieden. In einer bereits im Jahre 1908 vom früheren Statistischen Reichs-Bureau herausgegebenen Broschüre, betitelt: Warum treiben wir die soziale Reform, geht der Verfasser u. a. auch auf die Frau als Lohnarbeiterin ein und betont mit Recht, daß das Leben der lohnarbeitenden Frau, die einen Haushalt, insbesondere einen Haushalt mit Kindern zu versorgen habe, zu den traurigsten Erscheinungen unserer Zeit gehöre. Nach der Statistik für 1907 haben nun aber circa 3 Millionen Frauen einen Haushalt zu versorgen. Jeder geht aus der Statistik nicht hervor, wieviel von diesen Frauen Mütter nicht schulpflichtiger oder bereits die Schule besuchender Kinder sind. Man darf aber getrost die übergroße Mehrzahl dieunter nehmen.

Über das Leben einer lohnarbeitenden Frau betruft sich Frau B. Verleppich auf die Auskunft einer im Fabrikarbeiterdienst beschäftigten Dame, Fräulein Baum in Berlin. Die Dame gibt folgende Schilderung: Die Arbeiterin hat sich um 7 Uhr zu Beginn der Arbeit in der Fabrik einzufinden. Vorher hat sie sich anzuschauen, das Frühstück für die Familie zu bereiten, das Ankleiden der Kinder zu übersehen, das Frühstück einzunehmen, die Betten und Stuben zu ordnen. Für diese Beschäftigungen und für den Gang zur Fabrik werden etwa zwei Stunden in Anspruch zu nehmen sein, die Arbeiterin muß also um fünf Uhr aufstehen. Zwischen den Arbeitsstunden des Vormittags liegt eine Pause von 15 Minuten zum Einnehmen des zweiten Frühstücks. Im 10 oder 12¼ Uhr beginnt die Mittagspause, die unter der Voraussetzung, daß die Wohnung in der Nähe der Fabrik liegt, und in der Annahme, daß die Frau am Abend vorher oder am Morgen Zeit fand, das Mittagessen zubereiten, auf ¼ Stunden bemessen sein muß. In dieser Zeit muß der Weg hin und her zurückgelegt werden, es erfolgt die Hergestellung und Einnahme des Mittagessens, die allerdringende Verrichtung für die Kinder. Im 1¼ Uhr würde die

Arbeit in der Fabrik wieder beginnen, und bei zehnstündiger täglicher Arbeitszeit und 15 Minuten Pause zur Einnahme des Abendbrots bis 7 Uhr abends dauern. Da für die Frau, die um 6 Uhr aufstehen mußte, und während des Tages harte Arbeit tat, eine zehnstündige Nachtruhe nicht zu hoch geschätzt sein dürfte, so müßte sie sich um 10 Uhr zu Bett legen, es bleiben ihr also für den Weg von der Fabrik ins Haus für all die Verrichtungen, die der Haushalt und die Kinder am Abend erfordern, das Bereiten und Verzehren des Abendessens, das Aufwaschen des benutzten Geschirrs, das Reinigen der Küche und des Herdes, die Versorgung des Ofens und der Lampe, das Einpacken für den folgenden Tag, das Zubettbringen und Besorgung der Kinder, die drei Stunden von 7 bis 10 Uhr.

Von früh 5 bis abends 10 Uhr, also volle 17 Stunden, lebt die arbeitende Frau in angestrengter Tätigkeit ohne einmal Zeit zum Ruhe, mit Ausnahme der Frühruhe und der Ruhepause am 1. Januar 1910 betrug sogar die höchstzulässige Zeit der Arbeiterinnen in den Fabriken elf Stunden, heute zehn Stunden. An Sonnabenden und Vorabenden der Festtage ist die Arbeitszeit von zehn auf acht Stunden herabgesetzt. Die Schonzeit für Arbeiterinnen ist von sechs auf acht Wochen, wozu sechs nach der Niederkunft liegen müssen, erweitert worden. Diese geringfügigen Verbesserungen sind — namentlich für verheiratete Arbeiterinnen — vollständig ungenügend. Die Gewerbeordnung schreibt nun auch vor, daß den Arbeiterinnen nach Beendigung der täglichen Arbeit eine ununterbrochene Ruhezeit von elf Stunden zu gewährt ist. Da die verheiratete Arbeiterin nach Beendigung der Arbeitzeit noch einige Stunden zu Hause arbeiten muß, steht auch die Ruhezeit von elf Stunden für sie nur auf dem Papier.

Wenn wir nun zum Schluß noch die Frage auf, wie es mit der Erziehung der Kinder steht, so muß leider konstatiert werden, daß dazu vielfach die Zeit fehlt. Kein Wunder also, wenn die Kinder ab und zu mit den Straßengehens in Verührung kommen. Unfallstatistik zeigt ja die Kriminalität der Jugendlichen im Jahre 1909 einen Rückgang. Verurteilt wurden 2 v. Jugendliche unter 18 Jahren wegen Verbrechen und Vergehen in dem genannten Jahre 49708 gegen 54074 im Jahre 1908. Im Anschlag hierzu ist aber noch zu bemerken, daß alljährlich auch eine große Anzahl Arbeiterkinder in Härteerziehung untergebracht werden. Die Schuld, daß die Kinder mitunter ausarten oder strafbare Handlungen begehen, trifft weniger die armen geplatzten Mütter, als die heutige Gesellschaft, die nicht inlande resp. gewollt ist, bessere, menschenwürdige Zustände zu schaffen. Deslo energischer haben wir für letztere einzutreten.

Allerlei.

Die Glutitze in Amerika.

Eine ungeheure Epidemie hat sich über die Vereinigten Staaten ergossen. Wahre Xeroplagen herrscht in Chicago und St. Louis. In Chicago sind durch die gewaltige Hitze dreißig Personen getötet worden. Im ganzen hat man in den Vereinigten Staaten nach den bis jetzt eingetroffenen Berichten 60 bis 70 Tote konstatiert, die einem Chicagoer Leben fern sind. Das Thermometer erreichte gestern 110 Grad Fahrenheit im Schatten. Die Verdunstung bringt die Nächte ardhitzetell im Freien zu.

Die meteorologischen Stationen finden eine weitere Steigerung der Hitze als bedauerlich an. Man befürchtet Katastrophen in NewYork. Gestern zeigte das Thermometer in Pittsburg 36 Grad an. 42 Personen sind infolge Hitzschlag gestorben. In Chicago betrug die Zahl der durch die Glut Getöteten 28. Es herrscht hier augenblicklich die Hitze von 41 Grad. Mehr als 300000 Personen trachten die Nacht in NewYork im Freien zu. In Coney Island lag hundertenfalls Menschen am Strand, um frische Seeluft zu schöpfen. Was anderen großen Städten liegen noch keine genauen Statistiken über die Zahl der durch die Hitze Getöteten vor, jedoch ist die sicher sehr groß. Die Spitaler und Ambulanzstationen sind von Kranken überfüllt.

Gewässer.

In Engen bei Konstanz ist am Dienstag ein Brand ausgebrochen, der bedeutende Dimensionen annahm. Erst nach um 1 Uhr war das Feuer lokalisiert. Das Stadtmehlhäus und das Schlafrhaus sind gänzlich zerstört. Schoner und das Mühlgerüst zu retten, doch gelang es, die Räume vollständig von Asche und zu säubern. Etwa 50 Personen sind obdachlos geworden. Wie verlautet, sind alle Abgebrennten verstorben, doch etwas zu wenig.

Nach dem „höchsten Streifen“.

Während der letzten Galaveranstaltung in Cobent Garden in London zu Ehren des britischen Königspaares hat bekanntlich eine Senonin ein Verleumdung in Worte von 1001 Stund verloren. Die Polizei wurde jetzt durch einen anonymen Brief benachrichtigt, daß eine Dame der „ersten“ englischen Gesellschaft sich im Besitz des Verleumdung befindet. Der Name ist bekannt, und man erwartet von Stunde zu Stunde, daß die Affäre eine sensationelle Wendung nimmt. — „Alteomanie“ scheint eine Krankheit zu sein, von der besonders die „höchsten und besten“ Herrschaften oft und viel befallen werden...

Eine schwarze Wadbeite.

Große Erregung herrscht in der amerikanischen Stadt Atlanta, da am Sonnabend zum achten Male ein unbekannter Mann — man nennt ihn Kad den Aufstichter — eine M. u. L. in m. o. r. d. e. t. hat. Sämtliche Worte sind in derselben Weise angebracht worden. Jeden Sonnabend jedoch wird der Mörder hinter sein Opfer, das gewöhnlich eine schwarze M. u. L. war, ergriff die Frau bei den Haaren und durchschlug ihr mit einem Messer die Schlagader. Wadman verurteilt er sein Opfer in der entsetzlichen



Goodyear-Reifen-Ermäßigung.

Turul-Spezial-Marke, anerkannt gute Qualität

In Chevreaux-, Lack- und Boxleder. früher Mk. 7²⁵ jetzt jedes Paar

Schuhfabrik Turul, Alfred Fränkel C.-G.

Gr. Ulrichstr. 17. Halle a. S. Gr. Ulrichstr. 17.



